



II-1997 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

Wien, am 5. November 1984

Zl. 10.115/6-I/1/84

887/AB

Parlamentarische Anfrage Nr. 932/J  
der Abgeordneten Dipl.Kfm.Dr.Keimel  
und Genossen betreffend Mietzins-  
erhöhungen aufgrund des Mietrechts-  
gesetzes ohne Anspruch auf Mietzins-  
beihilfe

1984 -11- 08

zu 932/J

An den  
Herrn Präsidenten des National-  
rates  
Anton B e n y a  
Parlament

1010 W i e n

Auf die Anfrage Nr. 932/J, welche die Abgeordneten Dkfm.Dr.Keimel und Genossen am 27.September 1984, betreffend Mietzinserhöhungen aufgrund des Mietrechtsgesetzes ohne Anspruch auf Mietzinsbeihilfe an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Ein Anspruch auf Mietzinsbeihilfe - diese fällt in den Vollziehungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen - besteht nur bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen gemäß § 106 a Einkommenssteuergesetz in der Fassung BGBl.Nr. 520/1981, d.h. nur bei Mietzinserhöhungen aufgrund rechtskräftiger Entscheidung eines Berichtes oder einer Gemeinde oder bei Einhebung eines Erhaltungsbeitrages nach § 45 Mietrechtsgesetz.

Mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1984, das am 1.Jänner 1985 in Kraft treten soll, wird dieser Kreis um einen allfällig nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz eingehobenen Erhaltungsbeitrag erweitert.

- 2 -

Darüberhinaus gibt es bei sonstigen Zinserhöhungen, etwa bei solchen durch Rechtsänderungen, keinen Anspruch auf Mietzinsbeihilfe. Die Möglichkeit einer entsprechenden Ausweitung müßte vom Bundesministerium für Finanzen beurteilt werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ranner', with a large, stylized initial 'R'.